

„Bleibt zu Hause“ auf Türkisch. Die Corona-Politik der Türkei

Das Coronavirus führte zu einer der größten Pandemien, die die Welt erlebt hat. In diesem Artikel soll die Coronavirus-Politik der Türkei anhand einiger wichtiger Entscheidungen dargelegt werden.

Der 11. März 2020 war ein denkwürdiger Tag für die Türkei. Weltweit gab es 120.000 Infizierte und 4.200 Menschen waren bereits am Coronavirus verstorben. Zwar wuchs die Sorge im Land, doch die AKP-Regierung (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) hatte bis zum Vortag stets verkündet, es gäbe keine Infektionen in der Türkei – und das obwohl seit Wochen aus Nachbarstaaten Coronavirus-Fälle und Tote gemeldet wurden. An eben diesem Tag gab Gesundheitsminister Koca bekannt, dass der erste Fall von Coronavirus in der Türkei festgestellt wurde. Nach der bisherigen Wartehaltung der AKP-Regierung überschlugen sich danach die Entscheidungen – teilweise sehr berechnete, teilweise eher fragwürdige. Bereits am 10. Januar 2020 war ein Wissenschaftsrat bestehend aus 38 Virologen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen unter Leitung des Gesundheitsministers Dr. Fahrettin Koca gegründet worden, der sich fast täglich berät und Empfehlungen gibt. Die Entscheidungen aber trifft letztendlich Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan.

Eine der wichtigsten Entscheidungen wurde bereits am 13. März getroffen: Kindergärten und Schulen wurden für zwei Wochen und Universitäten für drei Wochen geschlossen. Zum Schutz der über 18 Millionen SchülerInnen, einer Million LehrerInnen, acht Millionen StudentInnen und 160.000 Wissenschaftlern und weiterem Personal war diese Entscheidung wichtig und richtig. Schulen und Universitäten begannen schon eine Woche später mit ihrem Online-Unterricht. Der staatliche Fernsehsender TRT stellte mehrere Kanäle für das Bildungsministerium zur Verfügung. Was zunächst nur für zwei Wochen vorgesehen wurde, dauerte letztlich bis zum Ende des Schuljahrs am 19. Juni. Dies war eine berechnete Entscheidung, da die meisten Eltern aus Angst vor dem Virus und Hygieneproblemen an vielen staatlichen Schulen ihre Kinder sowieso nicht in die Schule geschickt hätten. Auch für StudentInnen ist das Frühjahrssemester schon fast beendet – mit Zoom-Kursen *en masse*. Auch die Sommerkurse werden nicht auf dem Campus stattfinden, sondern online.

Für die 7,5 Millionen über 65-jährigen begann am 21. März die Ausgangssperre mit nur wenigen Ausnahmen. Die Ironie an dieser Entscheidung war, dass viele Politiker, auch Staatspräsident Erdoğan, diese Altersgrenze überschreiten, trotzdem aber raus dürfen. Obwohl diese Entscheidung über lange Zeit gelobt wurde, wurde sie je länger die Ausgangssperre dauerte, unerträglicher für die größtenteils noch sehr fitten über 65-jährigen. Seit dem 10. Mai „dürfen“ sie sonntags für ein paar Stunden Spaziergänge machen und die Sonne genießen. Dass dies kaum ausreichen kann, ist nur zu verständlich. Ab dem 1. Juni erhielten die über 65-jährigen, die vor der Ausgangssperre erwerbstätig waren, die

Erlaubnis, weiterhin ihrer Tätigkeit nachzugehen. Aus welchem Grund die Nicht-Erwerbstätigen derselben Altersgruppe weiterhin von der Ausgangssperre betroffen ist, bleibt ein Rätsel.

Eine weitere Entscheidung betraf Kinder und Jugendliche (25,5 Millionen), die nach dem 1. Januar 2000 geboren wurden. Auch sie erhielten eine Ausgangssperre, die streng eingehalten wurde. Eine traurige Ausnahme wurde innerhalb von zwei Tagen rechtlich gemacht – alle unter 20-jährigen, die berufstätig sind, erhielten eine Sondergenehmigung, um weiterzuarbeiten. Kinderarbeit bleibt eine bittere Tatsache in der Türkei mit über 720.000 Kinderarbeitern. Statt diese Kinder aus der Armut, die sie zu arbeiten zwingt, durch staatliche Hilfen zu retten, wurden einfach Ausnahmeregelungen getroffen – *Business as usual*. Seit Mitte Mai dürfen Kinder und Jugendliche mittwochs und freitags für ein paar Stunden Spaziergänge machen oder draußen spielen, was angesichts der Energie der Kinder kaum ausreichen kann.

Wie sehr es der Regierung letztlich um Business und die Weiterführung der Wirtschaft ging, wurde in der Corona-Krise sehr deutlich. Staatspräsident Erdoğan hielt mehrere nationale Ansprachen, in denen er seine Entscheidungen mitteilte. In seiner ersten Corona-Rede am 25. März machte er ein Wirtschaftsunterstützungspaket bekannt, das lediglich drei konkrete Hilfen vorsah. Erstens die Erhöhung der Mindestrente auf 1.500 TL (195 €) – das Mindestgehalt (das ist die Armutsgrenze) in der Türkei beträgt 2324 TL (301 €). Diese Erhöhung war wichtig, doch gleichzeitig auch das Zugeständnis, dass Rentner immer noch unter der Armutsgrenze zu überleben versuchen. Zweitens das zeitliche Vorziehen der Bayram-Zahlung von 1.000 TL (130 €) an Rentner. Diese wird üblicherweise zweimal im Jahr kurz vor dem Ramadan- und dem Opferfest gezahlt, um Rentnern die Festlichkeiten ein wenig erschwinglicher zu machen. Was mit den Rentnern wird, die diese Unterstützung schon zwei Monate vor dem Fest erhielten und ausgeben mussten, dazu äußerte sich Erdoğan nicht. Drittens, eine Zahlung von je 1.000 TL Bargeld an zunächst 2 Millionen und danach noch 2,5 Millionen Haushalte. Doch ist dieser Betrag so niedrig, dass er kaum zur Unterstützung der verarmten Bevölkerung ausreichen kann. Erdoğan teilte zudem mit, dass Unternehmen für ihre Angestellten Kurzarbeitsgeld beantragen könnten. Angesichts von zunächst Tausenden, dann aber Hunderttausenden neuer Arbeitsloser eine sehr notwendige, aber nicht genügende Unterstützung, zumal Hunderttausende nicht-registriert Arbeitende von dieser Regelung ausgenommen sind. Eine eigenartige Maßnahme Erdoğan war die Runtersetzung der Steuern auf Inlandsflüge und der Verzicht auf die Übernachtungsgebühr für Hotels – während er zeitgleich alle Menschen aufrief, zu Hause zu bleiben! Zumal seit dem 13. März Auslandsflüge nach Europa und seit dem 28. März weitere Auslandsflüge gestoppt waren und Inlandsflüge seit dem 4. April nicht mehr möglich waren. Am 1. Juni wurden zahlreiche Flüge wiederaufgenommen. Ebenfalls unverständlich war die Mitteilung Erdoğan, dass die Kriterien für Wohnungskredite vereinfacht wurden. Ob Menschen zu Zeiten von Corona überlegen, Wohnungen zu kaufen, ist mehr als fraglich. Dies kann nur als Versuch, die Bauindustrie zu retten, gedeutet werden.

Anfang April verkündete Erdoğan ein Reiseverbot mit wenigen Ausnahmen in und aus den 30 Großstädten der Türkei (von insgesamt 81 Städten) und Zonguldak,

einer Kleinstadt mit viel Kohlabbau und allen dazugehörigen Krankheiten. Dies war eine notwendige Entscheidung, um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und wurde von der Bevölkerung akzeptiert. Am 11. Mai wurde das Reiseverbot auf 15 Städte beschränkt und eingehalten, bis alle Reiseverbote am 1. Juni aufgehoben wurden.

Auch die Maskenpflicht an öffentlichen Orten wurde von der Bevölkerung als wichtig anerkannt. Doch diese Thematik wurde zum Fiasko. Das Angebot an Einwegmasken genügte zu Beginn der Pandemie und sie kosteten weniger als 1 TL in Apotheken. Doch stieg die Nachfrage schneller als das Angebot. In seiner Rede vom 6. April stellte Erdoğan klar: Der Verkauf von Masken sei verboten, der Staat würde die Bevölkerung mit kostenlosen Masken versehen – fünf Stück für zehn Tage pro Person. Kostenlos ja, aber nicht ausreichend. Zunächst sollte die PTT (Post) die Zustellung für Millionen Bürger gewährleisten. Nach einigen erfolglosen Tagen wurde die Verantwortung auf Apotheken verschoben. Die Bevölkerung würde vom Gesundheitsministerium einen Code als SMS bekommen und in der Apotheke fünf Masken holen können. Abgesehen von der Tatsache, dass es natürlich Menschen ohne Handy gibt, die ihre Codes also nicht erhalten werden, warteten Millionen vergeblich auf ihre Codes. Apotheken forderten daher die Erlaubnis zum Verkauf von Masken, zusätzlich zu den nur mit Code zu erwerbenden kostenlosen Masken. Einwegmasken wurden wieder und wieder genutzt, waschbare Masken wieder und wieder gewaschen und genutzt.

Während die Regierung es nicht vermochte, ihrer Bevölkerung eine genügende Anzahl an hygienischen Masken zu verteilen, machte sich eine neue Form der türkischen Außenpolitik bekannt: eine „Unternehmerische und humanitäre Außenpolitik“ (<http://www.mfa.gov.tr/dis-politika-genel.tr.mfa>), in deren Zentrum Menschen stehen, insbesondere zu „Zeiten der Ungewissheit und Zerbrechlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Situationen.“ Staatspräsident Erdoğan wertete dies als eine Politik, die die „unternehmerischen und humanitären Werte der Bevölkerung spiegelt.“ In diesem Sinne versandte Erdoğan Millionen von Masken, Overalls und dergleichen an 60 Staaten, darunter Großbritannien, Italien, Spanien und die USA. Die Bevölkerung war erstaunt: Gingen die Hilfsgüter an arme Staaten, die diese wirklich benötigen, würde sie sich freuen. Doch was hinter dieser großen Erdoğan-Humanität gegenüber wirtschaftlich reichen Staaten – allen voran die USA – steckt, das wird die Zeit wohl zeigen.

Eine weitere Entscheidung Erdoğan ist zwar verständlich, aber in dieser Weise nicht ausreichend: die auf die 31 Städte und das Wochenende (und offizielle Feiertage wie der 1. Mai) beschränkte Ausgangssperre. Bei Verstoß muss eine Strafe von 3150 TL (410 €) gezahlt werden. Obwohl die Epidemiologie nachdrücklich mindestens 14 Tage Quarantäne vorsieht, da nur dann eine Virusverbreitung verlangsamt werden kann, kann diese Kurz-Quarantäne nur einen Grund haben: den Teil der Bevölkerung zu Hause zu halten, der es sich finanziell leisten kann, während der Rest weiterhin arbeiten muss fürs tägliche Brot. Dass das Gesundheits-, Verkehrs- und Sicherheitswesen oder die Nahrungs- und Agrarwirtschaft ganz oder teilweise weiterarbeiten, ist verständlich und notwendig. Doch die Tatsache, dass Supermärkte und Bäckereien auch an Ausgangssperrtagen für einige Stunden öffnen (müssen) ist zu beanstanden.

Noch unverständlicher ist, dass Sektoren wie das Bauwesen und Industrien, die nicht lebensnotwendig sind, weiterarbeiten und damit Hunderttausende von Arbeitern in gesundheitliche Gefahr bringen. Noch abstruser zu Corona-Zeiten ist die Weiterarbeit an den immer zahlreicheren Gold- und anderen Minen – und das in den schönsten Naturgebieten, die geschützt werden müssten. Völlig unnachvollziehbar sind die nicht abbrechenden Ausschreibungen und Gebote für weitere Gold- und andere Minen, mit denen wertvolle Naturgebiete an wohlhabende regierungstreue Wirtschaftsbosse vergeben werden. Die wichtigste Ausschreibung war die für den Kanal-Istanbul, ein verrückte Idee Erdogans mit dem er eine Wasserstraße als Parallele zum Bosphorus aufzubauen beabsichtigt, mit großangelegten Infrastruktur-Projekten. Dass dies große Gefahren für Stadt, Umwelt, Ökosystem, Wasserversorgung und Menschen mit sich bringt, ist vorherzusehen. Trotzdem hält er an diesem Projekt fest.

Am 11. Mai wurden Einkaufszentren wiedereröffnet, während Parks, Wanderwege, Strände und dergleichen weiter verboten waren. Auch diese Entscheidung entsprach kaum medizinischen Vorsätzen, wohl aber wirtschaftlichen Sorgen. Der 1. Juni war schließlich der Tag der „Normalisierung“. Mit wenigen Ausnahmen und der ständigen Wiederholung und Aufforderung nach Hygiene, Maske und Abstand wurden mit wenigen Ausnahmen fast alle restlichen Geschäfte, Restaurants, Cafés, Einrichtungen, Hotels, etc. wieder eröffnet. Mit dieser Entscheidung konnte sich die AKP-Regierung von der Kurzarbeitsregelung „befreien“ – sobald die Arbeitsstellen eröffnen, endet die Verpflichtung auf Kurzarbeitsgeld und Unterstützungen dieser Art. Die Bürde wird somit auf die Arbeitgeber verlagert, die seit Monaten keine Einnahmen mehr hatten, dafür aber immer mehr Rechnungen.

Um die Bevölkerung zu Einkaufen zu stimulieren, wurden am 1. Juni zeitgleich vier große Kreditpakete für Urlaubs-, Auto-, Haus- und Mobiliarkredite mit dem bislang niedrigsten Zinssatz ermöglicht. Mit möglichst geringen staatlichen Unterstützungen sollte somit die Bevölkerung für die Anregung der Wirtschaft sorgen, und das durch extreme Verschuldung mit langjährigen Krediten. Wie die Menschen diese zurückzahlen sollten, angesichts steigender wirtschaftlicher Probleme und des stets vorhandenen Risikos der Arbeitslosigkeit, das erklärte Regierung nicht.

Während Millionen Menschen gesundheitlich, psychologisch, wirtschaftlich und sozial von der Corona-Pandemie betroffen sind, Arbeitslosigkeit und Armut zunehmen, schaffen es einige wenige, sich auf Kosten der Natur, der Gesundheit und der Zukunft der Menschen zu bereichern – mit Wohlwollen und Unterstützung Erdogans, der in seiner Rede vom 18. März seine Bevorzugung offen ausgesprochen hatte: „Unsere größte Priorität ist, dass Produktion und Beschäftigung nicht unterbrochen werden.“ („*En büyük önceliğimiz üretim ve istihdamın sekteye uğramasıdır.*“) Zumindest dieses Mal war er ehrlich.

(Stand vom 2. Juni 2020: 165.555 bislang Infizierte, 4.585 Todesfälle, 31.049 Aktive Fälle, <https://www.worldometers.info/coronavirus/>).